

Der Bundes-Parteivorstand, der Landesparteivorstand Hamburg und die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft werden aufgefordert, folgende Positionen zu vertreten und offensiv zu propagieren, die sich an den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen orientieren und sich auf das Erfurter Parteiprogramm und unser Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 beziehen lassen:

1. Die LINKE bleibt – gemäß ihrem Erfurter Programm – bei ihrem Alleinstellungsmerkmal, Friedenspartei<sup>1</sup> zu sein.

1.1. Sie setzt ihre ganze Kraft ein für die Stärkung der Friedenskräfte und tritt offensiv den Kriegsvorbereitungen von USA und NATO gegen China und Russland entgegen.

1.2. Für Feindbildabbau und friedliche Koexistenz leisten wir ab sofort den dringend erforderlichen eigenständigen Beitrag.

1.3. Wir verweigern uns der Erzählung, Ost und West wären gleichsam die Verursacher des globalen Wettrüstens. Unsere Partei fällt in dieser Frage nicht länger hinter den DGB zurück, der in seinem Aufruf zum letztjährigen Antikriegstag festgestellt hat:

*„...Mit der neuen „NATO 2030“-Strategie soll der Weg weg von einem Verteidigungsbündnis hin zu einer Interventionsallianz für Militäreinsätze außerhalb des Bündnisgebiets bereitet werden. Durch eine Stärkung der nuklearen Abschreckung und durch Pläne für eine stärkere militärische Präsenz im indopazifischen Raum setzt die NATO gezielt auf Konfrontation gegenüber Russland und China...“<sup>2</sup>*

Sie wird im öffentlichen und internen Diskurs diese und folgende Inhalte vertreten. Dazu gehört u.a.

1.4. die Forderung nach einer demilitarisierten europäischen Friedensordnung<sup>3</sup> unter Einschluss Russlands<sup>3</sup>,

1.5. die Forderung nach einer schrittweisen Demilitarisierung im Inneren<sup>4</sup>:

1.5.1. das Verbot von Rüstungsexporten<sup>5</sup> – auch an NATO-Mitglieder<sup>6</sup>,

1.5.2. die Umleitung der entsprechenden Haushaltsmittel und in Verbindung mit diesem Verbot:

1.5.2.1. eine umfassenden Konversion<sup>7</sup> der Rüstungsbetriebe und damit verbunden:

1.5.2.2. die Entwicklung und Investition in bestehende aber nicht ausgebaute Forschung und Entwicklung alternativer Produkte, in den Ausbau des zu vergesellschaftlichenden ÖPNV<sup>8</sup>, in eine sozial-ökologische Wende<sup>9</sup> der Landwirtschaft, in eine dezentrale vergesellschaftete Energieerzeugung<sup>10</sup> (Smart Grid) und -verteilung, sowie in andere gesellschaftlich nützliche Produkte insbesondere im zu vergesellschaftlichenden Gesundheitswesen<sup>11</sup>;

1.5.3. die Umwandlung der Bundeswehr in eine Rettungs- und Katastrophenorganisation<sup>12</sup>;

---

<sup>1</sup> Vgl. Programm der Partei DIE LINKE, Erfurt 21.-23. Oktober 2011, 69; Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2021 (Onlineausgabe), 133.

<sup>2</sup> Quelle: <https://www.dgb.de/termine/++co++3832a79a-df22-11eb-9bc1-001a4a160123> <sup>3</sup> Vgl. Wahlprogramm, a.a.O., 133, 139, 152.

<sup>3</sup> Ebd., 69; vgl. auch Wahlprogramm, a.a.O.: 122, 133f..

<sup>4</sup> Wahlprogramm, a.a.O., 133f, **135**, 138

<sup>5</sup> Ebd., 7, 69f.; Wahlprogramm, a.a.O., 13, 133, 135f., 139, 152, 154.

<sup>6</sup> Vgl. Wahlprogramm, a.a.O., 136.

<sup>7</sup> Ebd., 7, 70; Wahlprogramm, a.a.O., 60.

<sup>8</sup> Ebd., 63f.; vgl. Wahlprogramm, a.a.O., 12, 28, 29, 37, 62, 64ff., 99, 100, 118, 124.

<sup>9</sup> Ebd., 5ff., 34, 38ff., 60ff., 63ff., 71, 75; Wahlprogramm, a.a.O., 13, 67.

<sup>10</sup> Vgl. Wahlprogramm, a.a.O., 70, 85.

<sup>11</sup> Vgl. Wahlprogramm, a.a.O., 32, 85.

<sup>12</sup> Vgl. Wahlprogramm, a.a.O., zum THW.

- 1.5.4. als ersten Schritt, der Austritt aus der Militärorganisation der NATO (wie es Frankreich am 1. Juli 1966 bereits vormachte)<sup>13</sup>,
  - 1.5.5. damit verbunden, die Auflösung der Ausbildungszentren für eigenes und fremdes Militärpersonal, insbesondere der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg,
  - 1.5.6. als nächsten Schritt der Austritt aus der NATO, damit verbunden, wenn schon nicht vorher bei der Realisierung des Punktes 1.5.4. geschehen,
  - 1.5.7. die Schließung sämtlicher ausländischer Truppenstandorte und Beendigung der 54 Dislozierungen der in der BRD lagernden Massenvernichtungswaffen<sup>14</sup>.
  - 1.5.8. Außerdem die Umlenkung der militärbezogenen Haushaltsmittel in die Abschaffung sämtlicher Hartz-IV-Bestimmungen und Ersatz durch ein System der Hilfe, welches die volle Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben ermöglicht.
2. Die LINKE wird sich an keiner Bundesregierung beteiligen, die diese Bedingungen nicht unterstützt und stattdessen diejenigen gesellschaftlichen Initiativen und Organisationen unterstützen und in ihnen aktiv mitwirken, die diese Inhalte mittragen.
  3. Die Linke setzt sich offensiv für die Rückkehr zu demokratischen Grundrechten und deren Ausbau ein. Dies bedeutet u.a.:
    - 3.1. die Rücknahme der Verschärfungen der Gesetze in einzelnen Bundesländern, die 68 die Rechte der Polizei<sup>15</sup> betreffen in Verbindung mit der Reorganisation der Polizeiausbildung und Rekrutierung, um rechte Netzwerke<sup>16</sup> in den Exekutivorganen, insbesondere der Polizei, zu unterbinden;
    - 3.2. die Auflösung der Verfassungsschutzämter im Bund und in den Ländern,
    - 3.3. die vollständige Rehabilitierung und Entschädigung der Berufsverbotsopfer<sup>17</sup> des sog. Radikalenerlasses und der im Rahmen des Beitritts der DDR-Länder vollzogenen Berufsverbote. Einen solchen Antrag wird auch die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft beantragen und propagieren.

---

<sup>13</sup> Ebd. 69.

<sup>14</sup> Vgl. Erfurter Programm, 67, 70; vgl. Wahlprogramm, a.a.O., 137.

<sup>15</sup> Vgl. Wahlprogramm, a.a.O., 122; vgl. Wahlprogramm, a.a.O., 122.

<sup>16</sup> Vgl., Ebd., 10, 23, 53f.; vgl. Wahlprogramm, a.a.O., 112, 118, 120, 122.

<sup>17</sup> Vgl. Ebd., 11.